

Druckbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Mission Loucheurs.

Die Londoner Besprechungen Loucheurs stehen nach wie vor im Mittelpunkt der politischen Erörterungen. Ueber die in London vorherrschenden Auffassungen meldet der Korrespondent des "New York Herald" folgendes:

Loucheurs Besuch in London werde als der wichtigste Schritt von französischer Seite betrachtet, der dazu bestimmt gewesen sei, zu erkunden, wie die Ansichten in England vorherrschten. Der britischen Anschauung zufolge sei Poincarés Ruhrpolitik gescheitert, die Mission Loucheurs habe feststellen sollen, welche Haltung England im Falle von Verhandlungen mit Deutschland einnehmen würde. Die Reise des französischen Botschafters in London, Graf St. Aulaire, nach Paris, wo er mit Poincaré konferierte, gebe in politischen Kreisen vielfach zu Erörterungen Anlaß. Soweit festgestellt werden könne, verharre die englische Regierung auf den Plänen Bonar Law's, die der Pariser Konferenz im Januar vorgelegt worden waren und darauf hinausläufe, daß Frankreichs Schulden gegenüber England in demselben Maße vermindert werden sollten wie eine Herabsetzung der deutschen Reparationslasten zustande käme. Außerdem solle Frankreich eine territoriale Garantie für seine Sicherheit gegeben werden, die aber nicht den Charakter eines englisch-französischen Paktes haben sollten. Man betrachtete die Mission Loucheurs als ersten Schritt, um weitere Besprechungen mit England zu führen, doch solle die Bedeutung des Besuchs Loucheurs nicht überschätzt werden, weil dadurch die weiteren Verhandlungen kompliziert werden könnten.

Die Äußerungen der englischen Presse bestätigen im großen und ganzen diese Darstellung. So schreibt "Daily News", die Hoffnung auf irgendeine baldige Regelung hänge ab von einem Wechsel in den Methoden, wenn nicht in der Politik der französischen Regierung. Dem Besuch Loucheurs dürfe keine übertriebene Bedeutung beigemessen werden. Er ermutige jedoch zu der Hoffnung, daß wenigstens eine endgültige Erklärung über die Art der Regelung, die die Franzosen bereit sein würden anzunehmen, bald erfolgen werde. "Westminster Gazette" tritt dafür ein, daß nicht allzuviel Aufhebens von Loucheurs Besuch in England gemacht werde. Die britische Regierung könne in keinem Sinne mit einem nichtoffiziellen französischen Politiker verhandeln und noch weniger mit einem Politiker, der in seinem eigenen Lande als Kandidat für den Posten des augenblicklichen Ministerpräsidenten angesehen werde. Entgegenkommender äußert sich das Blatt "Lond Georges Daily Chronicle". So unbestimmt und unbefriedigend, schreibt es, auch Loucheurs Vorschläge seien, so sei es doch ein gutes Zeichen, daß eine rationale Erörterung dieser Probleme wieder begonnen habe. Loucheur sei zwar kein Mitglied der französischen Regierung; aber er sei nicht nach London gekommen, ohne Wissen Poincarés und ohne vorherige Beratung mit ihm. Er sei sozusagen in offizieller Mission nach London gekommen. Es sei zu hoffen, daß die britische Regierung in der Lage war, ihm mit eigenen konstruktiven Ideen zu helfen.

Loucheur selbst hat vor seiner Abreise aus London einem Vertreter des Reuterschen Bureaus erklärt, daß er zu seinen Unterredungen keinerlei offiziellen Auftrag gehabt habe, daß aber seine Unterhandlungen mit seinen politischen Freunden in England sich mit der internationalen Lage beschäftigen könnten. Er habe von der öffentlichen Meinung Englands gegenüber Frankreich einen günstigen Eindruck bekommen. England sei zwar nicht an Frankreichs Seite an der Ruhr, es sei aber auch nicht gegen Frankreich eingenommen. Die gesamte gestrige Abendpresse unterstreicht, wahrscheinlich durch einen halbamtlichen Hinweis veranlaßt, daß der zuerst im "Daily Telegraph" veröffentlichte Grundriß der neuesten französischen Reparationsforderungen zum erstenmal die Endsumme mit 50 Milliarden Goldmark in Uebereinstimmung zu bringen sucht mit den Ziffern, die von der englischen und italienischen Regierung bereits als vernünftige Diskussionsbasis vorgeschlagen worden seien. Man gewinnt, wie der Korrespondent der "Vossischen Zeitung" meldet, aus diesen Veröffentlichungen den Eindruck, daß maßgebende englische Kreise auf Grund der Rücksprache mit Loucheur sich bemühen, der englischen Öffentlichkeit die zeitweise zweifellos stark betonte Ueberzeugung von der Unannehmbarkeit etwaiger von Frankreich zu stellender Verhandlungsbedingungen wieder zu nehmen.

In seinen Äußerungen der französischen Öffentlichkeit gegenüber sucht Loucheur begreiflicherweise diesen Eindruck zu verstärken. Dem Vertreter des Pariser "Matin" gab er folgende Erklärung ab:

Ich bin überfroht, daß in Paris von gewissen Gedanken behauptet wird, sie rührten von mir her, während mir solche durchaus fernliegen. Jemandem Interview über die Reparationsfrage habe ich in London nicht gegeben. Die Garantien, die ich für Frankreichs Sicherheit für notwendig erachte, sind aus meinen Kammerreden und aus meiner Grenobler Reise her bekannt. In England studierte ich den Stand der öffentlichen Meinung, und habe die Gewißheit erhalten, daß die öffentliche Meinung sich geändert hat. Zum größten Teil ist man Frankreich günstig gesinnt. Die Sympathien wenden sich Frankreich zu. Auch in politischen Kreisen ist man Frankreich günstig gesinnt, ist aber über die Folgen der Ruhraktion beunruhigt. Bis in den letzten Tagen herrschte ein Gefühl der Unsicherheit über Frankreichs Ziele vor, das aber jetzt im Schwinden begriffen ist. Jeder englische Politiker, mit dem ich sprach, äußerte

ohne Einschränkung meine Erklärung, daß wir bei der Ruhraktion bis zum Ende gehen wollten. Nicht einmal Lloyd George bestritt diesen Standpunkt. Ich fügte hinzu, daß wir ohne Schwäche, aber auch ohne Hintergedanken an Militarismus und Annektionen handeln wollten. Die englische Regierung und das englische Volk waren von den Brüsseler Beschlüssen angenehm berührt. Diese unzweideutige Erklärung trug viel zur Aenderung der englischen öffentlichen Meinung bei und viele Leute, die früher Frankreich des Militarismus beschuldigt hatten, bekehrten sich von dieser Anschauung. Infolgedessen lehre ich von meiner Reise befriedigt zurück.

Die Darstellung, die hier Loucheur über die Stimmungen in England gibt, sind zweifellos etwas rosig gefärbt. Aus allen bisherigen Meldungen gewinnt man aber dennoch den Eindruck, daß eine gewisse Annäherung zwischen Frankreich und England angebahnt worden ist und daß die Sondierungsversuche Loucheurs in London den Boden für ein gemeinsames Vorgehen der beiden Mächte in der Reparationsfrage vorbereitet haben dürften. Für die deutsche Politik ist jetzt der Augenblick gekommen, eine größere Aktivität zu entfalten, wenn sie nicht wieder von den Ereignissen überrascht und vor vollendete Tatsachen gestellt werden will.

Ausschub der Reise Le Trocquers.

Paris, 7. April. (WTB.) "Journé Industrielle" erfährt, daß der Minister für öffentliche Arbeiten, der heute nach dem Ruhrgebiet abreisen sollte, seine Reise aufgeschoben hat. Als Grund gibt das Blatt an, daß der Regierung es nicht angebracht erscheine, daß die Reise Le Trocquers mit der Beerdigung der erschossenen Arbeiter in Essen zusammenfalle.

Internationale gegen Sozialistenverfolgung.

Bregenz, 6. April. (Eigener Drahtbericht.) Die von der Bregenzer Konferenz angenommene Resolution gegen die Sozialistenverfolgungen in Rußland und Georgien hat folgenden Wortlaut:

Das Zehnerkomitee der beiden Internationalen nimmt mit tiefster Entrüstung Kenntnis von den grausamen Verfolgungen, die von der bolschewistischen Regierung mit erneuter Kraft gegen die Sozialisten Rußlands und Georgiens unternommen werden.

Das Komitee stellt fest, daß die Moskauer Regierung ununterbrochen Massenverhaftungen von Sozialisten vornimmt, sie monatelang in Gefängnissen und Konzentrationslagern unter den unmenschlichsten Bedingungen schmachtet läßt, darunter auch solche, die in den Katakomben der "Tscheta" schwer erkrankt sind, und in Georgien noch überdies Hunderte von Unschuldigen Geiseln, darunter viele alte und erprobte Sozialisten, hinhinmorden ließ. Dies alles in einer Zeit, wo in dem Lande tiefster Frieden herrscht und die Regierung für sich nicht einmal die Entschuldigung in Anspruch nehmen kann, durch gewalttätige Maßnahmen ihre Existenz gegen dringende äußere oder innere Gefahr verteidigen zu müssen.

Das Komitee brandmarkt die Taktik der kommunistischen Gewalttäter, die in Europa heuchlerisch eine "Einheitsfront" propagieren, während sie in ihrem Reichthum die physische Ausrottung ihrer sozialistischen Gegner unter den Arbeitern und Bauern organisieren, mit denen sie nicht durch Methoden des geistigen Kampfes fertig werden können.

Der Generalstreik in Memel.

Memel, 7. April. (WTB.) Der Generalstreik ist hier allgemein. Der Parole der Gewerkschaften sind auch andere Berufs- und Erwerbsgruppen spontan gefolgt, so daß sämtliche Geschäfte, Bureaus und Banken geschlossen haben. Als litauisches Militär die Post besetzte, verließen sämtliche Beamte das Postamt. Auch Gaswerk, Wasserwerk und Elektrizitätswerk liegen still. Der Stellvertreter des litauischen Oberkommissars ersah auf Grund des im Memelgebiet noch bestehenden Ausnahmezustandes eine Verordnung, monatelang Versammlungen, Umzüge auf Straßen sowie Streiks in lebenswichtigen Betrieben, überhaupt politische Streiks jeder Art, verboten sind. Eine am Freitagabend im Schützenhause zwanglos zustandegekommene Versammlung von Angehörigen aller Berufs- und Bevölkerungstheile stellte sich geschlossen auf den Boden der gewerkschaftlichen Forderungen. Die Versammelten betonten einmütig ihr Deutschtum. Ein Aufgehen in Litauen wurde mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Es sei Autonomie versprochen worden, diese müsse restlos durchgeführt werden. Eine für heute morgen angekündigte große öffentliche Versammlung wurde nicht gestattet. Der nach Tausenden zählende Zug von Verarmungsangehörigen begab sich darauf nach Spilhut bei Memel. Eine siebenköpfige Kommission, die am Donnerstag dem litauischen Vertreter die Forderungen der Gewerkschaften überbrachte, wurde verhaftet, ebenso der Schriftleiter der sozialdemokratischen "Memeler Volksstimme", Kübrig.

Die Börse wartet ab.

Die widersprechenden Auslandsberichte über die Verhandlungen Loucheurs in London und über die anhenpolitische Lage veranlassen die Berliner Finanzkreise zu äußerster Zurückhaltung im Devisen- wie im Effektenverkehr. Die Umsätze am Markt der ausländischen Zahlungsmittel waren gering. Die Nachfrage nach Effekten ist, soweit sie vom Publikum ausgeht, noch einigermaßen reger. Die Boursenspekulation verhält sich abwartend.

Deutschland und die Kriegsfolgen

Immer wieder, wenn man ehrliche Vorschläge zu einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich vernimmt, fällt es auf, wie wenig das Ausland über die wirtschaftlichen Folgen des Krieges und des Friedensvertrages auf die deutsche Volkswirtschaft unterrichtet ist. Nicht viel anders ist es mit denjenigen Deutschen, die glauben, daß „nur“ ein energisches Zupacken der Steuergesetzgebung und ein genügender Druck auf den Besitz durch Geheße ausreichen würde, um eine solche Verständigung herbeizuführen. Denn auch im Inland besteht eine große Unklarheit über die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges und des Friedensdiktates trotz allem, was darüber schon geschrieben worden ist, und trotz der schmerzlichen Erfahrungen, die gerade das arbeitende Volk gemacht hat in dem zielbewußten Willen, durch die Erfüllung des Friedensdiktates den logischen und sachlichen Widersinn dieses Dokumentes zu beweisen und so dem Gedanken der Menschheitsversöhnung zu einem unblutigen, wenn auch opfervollen Siege zu verhelfen.

Dieser Wille ist an dem imperialistischen Auftreten Frankreichs vorläufig gescheitert. Eine neue, wenn auch weniger blutige Kraftprobe ist an der Ruhr im Gange. Nicht anders wie während des Krieges ist auch jetzt in der internationalen Presse ein Streit darüber, wer die Schuld an dieser hartnäckigen Auseinandersetzung trägt. Denn daß es sich um einen Krieg handelt, wenn auch nur um einen Krieg Bewaffneter gegen Waffenlose, darüber ist man sich außerhalb Frankreichs und Belgiens wohl im allgemeinen klar.

Trotzdem muß man sich wundern, welchen Erfolg die plumpen Propagandamethoden Frankreichs im unbeteiligten Ausland noch vielfach haben. Daß es Frankreich in Wirklichkeit gar nicht um die Kohlen zu tun ist, und daß es dafür den Beweis mit jedem Tage eindeutiger führt, daß es trotz des offensichtlichen Mißerfolges seine Befehlsmacht noch länger an der Ruhr läßt, scheint draußen noch wenig bekannt zu sein. Noch weniger aber weiß man von dem opfervollen Weg, den das deutsche Volk mit seiner Erfüllungspolitik gegangen ist und davon, daß Frankreich selbst diese Erfüllungspolitik behindert, wenn nicht zerstört hat.

Ein Beispiel für viele. Die amerikanische Zeitschrift "The Nation" bringt unter ihren Artikeln über die Ruhrfrage einen Beitrag eines Generalmajors John F. O'Ryan, der den Einfall in das Ruhrgebiet für berechtigt hält und für Deutschlands Verfehlungen in der Kohlenfrage folgende Gründe anführt:

„Bei den Friedensverhandlungen sagte Deutschland die Lieferung von zwei Millionen Tonnen Kohle monatlich zu. Bis zum Juli 1920 hätten die Alliierten lediglich 900 000 Tonnen monatlich erreichen können. Auf der Konferenz von Spa erklärte Herr Stinnes, unterstützt von einem Vertreter der Gewerkschaften, daß es physisch unmöglich sei, mehr als 1 100 000 Tonnen monatlich zu liefern. Daraufhin stellten die Alliierten ein Ultimatum, das 2 Millionen Tonnen unter Androhung der Ruhrbesetzung forderte und sofort war die physische Unmöglichkeit verschwunden und 2 Millionen Tonnen monatlich wurden geliefert. Während des Jahres 1920 gingen die Kohlenlieferungen wieder zurück.“

Diese Beweisführung enthält alle Verdrehungen, die die französische Propaganda zur Verflechtung des Laibbestandes angewandt hat. Nach dem Friedensvertrag begann die Pflicht zu Kohlenlieferungen erst am 1. Juni 1920. Weil man wußte, daß die französischen Anforderungen nicht zu erfüllen waren, hatte Deutschland schon vor diesem Zeitpunkt die Lieferungsverpflichtung begann. Mit überzeugender Kraft hatte Genosse Otto Hue in Spa darauf hingewiesen, daß man von den deutschen Arbeitern nichts Unmögliches verlangen könne. Im Juni und Juli konnte das Programm besonders deshalb nicht erfüllt werden, weil Deutschland durch die Plebiszit-Kommission in seiner Verfügung über die oberschlesische Kohle beschränkt war. Bereits im November 1920 zeigte sich, daß die in Spa zugesagte Lieferung von 2 Millionen Tonnen Kohle die deutsche Produktion übermäßig belastete. Daß später nach der Abtrennung Oberschlesiens die Erfüllung der französischen Kohlenforderungen noch weniger möglich war, liegt auf der Hand. Mutete doch selbst die Reparationskommission später Deutschland zu, monatlich 125 000 Tonnen Kohle in Ostoberschlesien zu kaufen, um sie an die Entente abzuliefern. Dagegen ließ sie einen anderen Vorschlag Deutschlands, der vorsah, daß Deutschland 1,84 Millionen Tonnen monatlich selbst liefern und die Rückstände in den Lieferungen durch den Ankauf englischer Ostkohle beiseite wälzen wollte, vollkommen unberücksichtigt. Man schlug eben die angebotene Kohle aus, weil durch ihren Verkauf in England vor aller Welt bewiesen worden wäre, daß die über die deutsche Leistungsfähigkeit hinaus gehenden Kohlenlieferungen tatsächlich Barzahlungen sind.

Herr O'Ryan erwähnt von diesen Dingen nichts. Er überblickt auch vollständig, daß die Kohlenlieferungen an die Entente die deutsche Handelsbilanz in zunehmendem Maße belasteten und daß Deutschland gezwungen war, in steigendem Umfang englische Kohle als Ersatz für die Reparationskohle einzuführen, daß andererseits aber auch die Sachlieferungen eine gewaltige Belastung für den Reichshaushalt vorstellten und so die Erfüllung der finanziellen Forderungen erschwerten. Fest steht für ihn nur die „Verpflichtung“, in welchem inneren Zusammenhang diese angebliche Verfehlung Deutschlands mit der deutschen Volkswirtschaft steht, entgeht ihm.

Dabei gehört der Verfasser des Artikels nicht zu denjenigen, welche von vornherein Deutschland verurteilen. Er legt sogar in seinem Aufsatz Beweise für seinen Willen zur Objektivität nieder. Aber gerade daraus spricht, daß die deutsche Aufklärung über die Kriegsverbrechen auf Deutschlands Wirtschaft noch längst nicht intensiv genug war und im Ausland nicht ihr Publikum gefunden hat. Es ist daher erfreulich, daß das Statistische Reichsam eine ganze Reihe von statistisch belegten Darstellungen über „Deutschlands Wirtschaftslage unter den Nachwirkungen des Weltkrieges“ (Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W. 35) herausgebracht hat, dessen Inhalt geeignet ist, die Illusionen über die deutsche Leistungsfähigkeit zu zerstören. Die gewaltige Verarmung Deutschlands, die durch den dem volutärsten reisenden Ausländer ins Auge fallenden Luxus einer dünnen Oberschicht verhüllt wird, tritt hier in nüchternen Zahlen und sachlichen Anmerkungen mit einer Schärfe hervor, die selbst den Kenner dieser Zahlen verblüfft. Die gewaltigen Verluste an Material, Bodenschätzen und Energiequellen, deren Ausfall nur durch intensivste Arbeit ersetzt werden kann, die Verluste an Menschenleben infolge des Krieges und an erwerbstätigen Menschenkräften durch die Abtretung der verlorenen Gebiete, alle diese Darstellungen belegen überzeugend die Tatsache, daß Deutschland zunächst an sich selbst Reparationen vorzunehmen hat und daß jede Erweiterung dieses eigenen Reparationsprogramms auf die übrige vom Kriege betroffene Welt tatsächlich ein Opfer bedeutet, dessen Größe von Frankreich bewußt unterschätzt und entstellt worden ist. Von den verschiedensten Seiten aus werden die Verluste Deutschlands durch Krieg, Friedensvertrag und Währungsverfall betrachtet, und die Zahlen widerlegen von selbst das Märchen von dem betrügerischen Bankrott Deutschlands. Die Zeichen der wirtschaftlichen und sozialen Verarmung werden durch eine Reihe von bildhaften Darstellungen eingehend und wirksam beleuchtet.

Ein Volk, das dem Kriegsmoloch 2,8 Millionen Menschen opferte, das im Friedensvertrag allein an Menschen Wirtschaftskraft verlor, die die Erwerbskraft ganzer hochzivilisierter Staaten — wie Belgiens oder Schwedens und Norwegens zusammen — übersteigen, dem man in seinen Handelsschiffen Sachgüter entzog, um sie stillzuliegen, während gleichzeitig Milliarden von Arbeitsstunden zum Wiederaufbau der verlorenen Schifffahrt notwendig wurden; ein Volk, dessen durchschnittliche Lebenshaltung auf die Hälfte der Vorkriegszeit und noch darunter gesunken ist, dessen Wissenschaft und Presse verfallener ist, das im Innern Jahre hindurch um die Heranziehung aller Kraft zu den Reparationen rang und jedesmal, wenn das Ziel nahe schien, durch neue Drohungen Poincarés die Batuta fallen und den Sachwertbesitz und die Spekulation triumphieren sah — ein solches Volk verdient in seinem Streben wirklich eine andere Würdigung als die adulatorischen Redensarten, mit denen man den Einfall an der Ruhr begründet.

Deutschland ist grenzenlos verarmt. Aber trotz seiner Verarmung hat es nie erklärt, nur für sich arbeiten zu wollen, trotz seiner Verarmung hat es nach bester Kraft an der Lösung der internationalen Probleme mitgearbeitet, hat Zahlungen und Sachlieferungen nach bester Kraft geleistet. Darum ist zu wünschen, daß die Erkenntnis von der Größe der deutschen Not hinausdringt in das Ausland und es wissen läßt, was es bedeutet, wenn selbst unter diesen Umständen die deutsche Arbeiterschaft ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit am Wiederaufbau der Welt aufrecht erhält.

Ein bayerischer Polizeiskandal.

Die Journalistenverhaftungen.

Die Verhaftung der Brüder v. Puttkamer in München entwickelt sich immer klarer zu einem neuesten bayerischen Skandal, der selbst durch die vorhergehenden ähnlicher Art nicht erreicht werden kann. Ueber die Ursache der Verhaftung, die unseres Wissens schon am

29. März erfolgte, gibt die Polizei heute endlich den folgenden, in vielfacher Hinsicht interessanten amtlichen Bericht heraus:

Amlich wird mitgeteilt: Im Zusammenhang mit der Ermordung des Studenten Baur aus Bismar wurden in München die Brüder Franz und Waldemar v. Puttkamer festgenommen. Gegen die beiden wurde, da verschiedene dringende Verdachtsmomente gegen sie vorliegen, Haftbefehl erlassen. Durch die bisherigen Feststellungen konnte noch nicht der Beweis erbracht werden, ob und inwieweit die beiden an der Ermordung des Studenten Baur beteiligt sind. Dagegen steht einwandfrei fest, daß die Brüder v. Puttkamer sich als Späher in nationale Kreise eingeschlichen und es verstanden haben, sich dort weitestgehendes Vertrauen zu erwerben. Das so gemonnene Material verwerteten sie seit einer Reihe von Monaten zu umfangreichen, bis ins einzelne gehenden Späherberichten, die sie nicht nur der Linkspresse, der „Münchener Post“, dem Berliner „Vorwärts“, dem „Berliner Tageblatt“ und dem „Börsen-Courier“, sondern wahrscheinlich auch an eine norddeutsche Regierung abgegeben haben.

Für die Arbeitsweise dieser politischen Agenten ist bezeichnend, daß Franz v. Puttkamer den Baur im Januar dieses Jahres, als ihm hier in den Plan der Ermordung Scheidemanns Einsicht gewährte, zu der Tat ausmünderte und ihm Geld versprach. v. Puttkamer ging sogar so weit, Baur eine Pistole zur Ausführung der Tat in Aussicht zu stellen, sowie seine heimliche Beherbergung nach der Tat. Beachtenswert erscheint in diesem Zusammenhang, daß v. Puttkamer in den Agentenberichten ganz unverhohlen von dieser Doppeltätigkeit Baur gegenüber sprach.

Um aus dem langen, sozusagen „amtlichen“ Geschreibsel eine Meinung herauszubekommen, muß man es in reguläres Deutsch übersehen. Nach den Angaben der Polizei sind die Puttkamer also verhaftet:

1. Im Zusammenhang mit der Ermordung des Studenten Baur;
2. daß sie selbst die Mörder sind, nimmt nicht einmal die Polizei an;
3. was die Polizei aber feststellt, ist, daß Puttkamer an Berliner Blätter und — man denke! — möglicherweise auch an eine norddeutsche Regierung — das soll natürlich heißen preussische Regierung! — Berichte geliefert hat;
4. diese Berichte enthielten selbstverständlich keinerlei bayerische Staatsgeheimnisse, sondern behandelten die vor aller Welt klar zugängliche Propagandatätigkeit der Hilterschen Sturmtruppen und was damit an reaktionärem Verschwörerum verbunden war. Die Beobachtung der Hiltersgarden bezeichnet der amtliche bayerische Bericht ohne weiteres als „Späherstätigkeit“, er legt also die Hiltersgarden der bayerischen Polizei und dem bayerischen Staat gleich! Das bestätigt lediglich die Vermutung, daß Hitler in dem Münchener Polizeipräsidium und anderen Regierungsstellen die zuverlässigsten Helfer hat;
5. die Erzählung, daß der linksdemokratische Schriftsteller v. Puttkamer, der etwa vierzehn Tage lang verstreutungsweise auf dem „Vorwärts“ telephonische Berichte gab, den Studenten Baur zu seinem Mordplan angestiftet oder ermuntert haben soll, ist so widersinnig, daß sie nur in einem bayerischen Polizeibericht glauben zu finden vermag;
6. nach alledem hat der Polizeibericht keinerlei Grund für die Verhaftung angegeben, es sei denn die eine Tatsache, daß Puttkamer ein sehr intimer Kenner des Regimes von Reichspersönlichkeiten war und diese Kenntnis in dankenswerter Weise der deutschen Öffentlichkeit mitgeteilt hat.

Wenn aber nichts anderes gegen die beiden Brüder Puttkamer vorgebracht werden kann, so würde ihre Verhaftung im Interesse der Hitler, der Oberländer und anderer Geheimorganisationen eine solche Ungeheuerlichkeit darstellen, wie wir sie selbst in diesem Bayern noch nicht erlebt haben. Die Verhaftung ist ein so eklatanter Schlag gegen die Freiheit der journalistischen Betätigung, daß wir erwarten, die gesamte deutsche Presse, welche Richtung sie auch immer einnehmen mag, werde gegen diese Verhaftung Einspruch erheben und die sofortige

Freilassung der Berufskollegen fordern. Die Frage aber ist, was die Reichsregierung zu tun denkt, um die Provokation weitester deutscher Volksteile durch die Münchener Polizei und die bayerische Justiz zu unterbinden. Wenn in Bayern gegen deutsche Pressevertreter absolute Willkür herrschen darf, wer könnte dann mit gutem Gewissen den Franzosen Vorwürfe machen, die kriegerisch in deutsches Land eindringen und dort mit Deutschen so verfahren, wie man in Bayern mit „Norddeutschen“ zu verfahren sich erlaubt!

Knillings Wiener Reise.

Wien, 7. April. (F.W.) Die heute vormittag auf dem Flugplatz Aspern eingetroffenen bayerischen Minister, Ministerpräsident Dr. v. Knilling, Finanzminister Dr. Krauseneck, Handelsminister v. Reineck, sowie Geh. Oberbaurat v. Miller wurden vom Ministerialrat Kraus willkommen geheißen, der die Hoffnung auf eine intensive Ausgestaltung des Flugverkehrs im Sinne des Projekts der Südbahnlinie Marzfa, München, Wien, Bukarest, Konstantinopel ausdrückte.

Die Blätter veröffentlichen Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten gegenüber Pressevertretern. Der „Neuen Freien Presse“ zufolge habe der Ministerpräsident zur politischen Lage hervorgehoben, daß Ruhestörungen von links gegenwärtig kaum zu befürchten seien. Hitler habe in der Stadt ziemlich großen Anhang, jedoch sei seine Stellung auf dem Lande nicht ebenso gesichert. Die Regierung beherrsche die Lage. Ruhestörungen seien kaum zu befürchten. Nach der „Stunde“ sagte der Ministerpräsident noch über Hitler, er könne ihn nur als einen ehrlichen fanatischen Charakterisieren, aber die im Zustande verbreitete Annahme, ganz Bayern stünde in einem Lager hinter ihm, entspreche jeder Grundlage. Hitlers Garde schätze er auf nicht mehr als 2500 Leute. Es sei bezeichnend, daß sich in seinem Lager auch sehr viele Kommunisten befänden, trotzdem könne er versichern, daß von einer Pulschgefahr keine Rede sein könne.

Fiskalische Ubertreibung.

Zum unentbehrlichen Rüstzeug aller an der Gesehgebung interessierten Volksteile gehören das „Reichsgesetzblatt“ und die „Preussische Gesehssammlung“. Gewerkschaften, Arbeitersekretariate, Studierende der Rechtswissenschaft und viele gemeinnützige Korporationen sind gezwungen, diese Blätter zu kaufen, um sich über den Gang der Gesehgebung auf dem laufenden zu halten. Es liegt im dringenden Staatsinteresse, daß die Kenntnis der Gesehe in weiteste Kreise dringt und daß die Quellen, aus denen die Gesehestexte zu schöpfen sind, allen daran interessierten Staatsbürgern zugänglich sind. Es muß deshalb auf das schärfste bekämpft werden, daß die deutsche und die preussische Regierung jetzt im Felde des angeblichen Preisabbaus zu einer neuen horrenden Ubertreibung dieser Gesehblätter geschritten sind.

Bis vor kurzem kosteten das gesamte „Reichsgesetzblatt“ und die „Preussische Gesehssammlung“ zusammen jährlich 3 M., also vierteljährlich 75 Pf. Bereits für das laufende Quartal ist der Bezugspreis plötzlich auf den übertriebenen Preis von zusammen 1550 M. erhöht worden. Jetzt ist der Vierteljahrespreis für das kommende Quartal für die Gesehblätter auf nicht weniger als 22100 M. festgesetzt. Der Staatsbürger soll also jährlich circa 90 000 M. für diesen Zweck ausgeben, und zwar soll das „Reichsgesetzblatt“ Teil I 30 000 M., Teil II 36 000 M. und die „Preussische Gesehssammlung“ 22 400 M. kosten! Das ist eine Ubertreibung um nicht weniger als das Dreißigtausendfache, während die Mark doch „nur“ um das Fünftausendfache entwertet ist. Dabei sind vom „Reichsgesetzblatt“ Teil I bisher 168, von Teil II 172 und von der „Preussischen Gesehssammlung“ 66 (!) nur teilweise bedruckte Seiten im Laufe dieses Jahres erschienen. Es muß dringend verlangt werden, daß die Bezugspreise schleunigst auf ein angemessenes und erschwingliches Maß reduziert werden, damit nicht die Kenntnis der Gesehe zu einem Monopol der Milliardäre wird.

Der amerikanische Stahlkönig in London. Der Präsident der American Steel Corporation, Gary, befindet sich in London, wo er mit zahlreichen finanziellen Persönlichkeiten Unterredungen hatte. Er lehnte es ab, über die europäische Lage Erklärungen abzugeben, behielt sich diese vielmehr für seine Rückkehr nach New York vor.

Zoo im Frühling.

Von Joseph Roth.

Den lieben Menschen zum Wohlgefallen hat man den Zoo wiedereröffnet und das intime Familienleben der Tiere enthüllt:

Der Wolf läuft rosend das Gitter entlang, auf und ab, verzweifelt, daß er kein Stücken Brot hat, um es den hungrigen Beuten zugewerfen, die ihn beschütigen.

Der Bär, ein gemütlicher Mensch, mit schwarzpolierten Fingernägeln, sitzt in Bitte-recht-freundlich-Pose da. Er hält den Käfig für ein photographisches Atelier.

Ein räudiges Kamel läuft vorderhand in blamablem Regligee herum — es hat seine Garderobe zum Frühjahrschneider gegeben. Es trägt seine Buckel mit hochwichtigem Ernst, sieht die Leute an, denkt ein wenig nach und sagt: langweiliges Leben...

Der Bison hat eine Schnauze wie ein Wachtmeister. Manchmal rollt er ein blutunterlaufenes Auge nach rechts, wo ein weißgekleideter Knabe steht. Der Bison möchte ein bißchen Kinder zerfleischen.

Die Beutetiere haben immer noch Behälter für Nachkommenschaft bereit, obwohl sie eigentlich wissen müßten, daß man heutzutage etwas aus Kinderheime und dergleichen gibt. Sie verlassen sich nicht auf die soziale Fürsorge.

Sie sind sehr lustig, die Beutetiere. Sie hüpfen auf den Hinterbeinen und gebrauchen den Schwanz wie einen Spazierstock, der an der rückwärtigen Hofennahrt befestigt ist. Ihre Vorderpfötchen führen sie von Zeit zu Zeit zum Munde, um sich die Nägel zu manifizieren.

Der Strauß hat lange nicht so schöne Federn, wie jene Dame, der ich beim Eingang begegnet bin. Ich bin enttäuscht, herr Strauß!

Der Schwan ist toben aus der Vohengrin-Vorstellung gekommen — er schwimmt leicht im Teich umher, glücklich, daß er den Tenor losgeworden ist.

Der Oberlehrer hat ein Ottergeschicht. Er sitzt hier studienhalber herum. Sein Fach ist Naturlehre.

Ein Menschenpaar im mittleren Lebensalter hat sich auf einer Bank niedergelassen. Es trägt seine Jungen nicht in Beuten, sondern läßt sie mit Kieselsteinen nach den Eltern zielen.

Gouvernantenpapageien führen kleine Säugetiere in weißlackierte Kinderwagen spazieren.

Eine Ameisenbärfamilie mit Uhetetten, Spazierstöcken, Regenschirmen begibt sich ins Kaffeehaus — im Wohlgefühl ihrer durch den zoologischen Besuch erheblich gesteigerten Menschenwürde.

Ein Habicht mit grünem Büschelhütchen, karriertem Kragen und sonstigen Polizeioffiziers-Zwitscheln spricht nach Beutemenschen...

Der Mensch ist gut...

Georg Reide, der soeben verstorbene frühere Bürgermeister Berlins, über dessen kommunalpolitische Tätigkeit wir an anderer Stelle berichten, zeichnete sich nicht nur als Mensch, sondern auch als Schriftsteller durch lebenswürdige und gewinnende Eigenschaften aus. Er stammte aus dem östlichen Deutschland, von dem auch einer seiner früher verstorbenen geistigen Gefährten, der Richter und Dichter Ernst Wichard herkam. All diese in den altmodischen Städten und mystischen, mittelalterlichen oder biedermeierischen Winkeln behaglichen Erzähler liebten die Wölfe und die Menschen, deren Alltagsleben geträumelt und tomisch ist. Zu der Familie dieser Heimatdichter bekannte sich Georg Reide auch dem Stile nach. Sein Roman „Das grüne Huhn“ schilderte behaglich und sorgfältig ausmalend lauter Kuriositäten von Gottesgeschöpfen, Straßen und Häusern, in denen die Welt etwas verkrümmt wird. Es ist nicht verwunderlich, daß ein solcher Erzähler keine Kritik nicht minder beifolam ins besorgte überläßt, sonst jüngerlinghafte oder patriarchalische Hünerleier. Georg Reide war darum gar kein schlechter Lyriker. Er reimte im Goldschnitt. Er reimte für Herzenseinsteher, Konfirmation und Felertagsgesinnung. Es ging nicht ganz nüchtern in seinen Versen zu, aber das Räuseln, das sein Gewissen zuließ, brauchte auch die Gäste am Familientisch nicht zu beunruhigen. Georg Reide hat auf dem Theater manchen Erfolg erzielt. In Berlin spielte man seine dramatische Charakterstudie „Schusselchen“. Man freute sich auch hier an einem Mann von Liberalität und Menschengüte. Ganz große Kunst ist das alles nicht gewesen. Dazu war es zu wenig geladen mit überwältigender Tragik oder mit emporentendendem Humor. Alles war sanft, alles war anmutig und es wurde langweilig, schon ehe der Schriftsteller die Feder hinglegen mußte.

Operatione Entfernung von Gehirntumoren. Der bedeutendste deutsche Gehirnarzt, Professor Fedor Krause, hielt gestern in der Medizinischen Klinik in der Charité im Rahmen des augenblicklich legenden Chirurgenkongresses einen Vortrag, der ein allgemeines Interesse beanspruchte. Er beschrieb eine von ihm ausgeführte Operation, bei dem er einem an Epilepsie leidenden Patienten einen Teil des Großhirns herauschnitt. Die Operation hatte zu vollkommener Heilung des 33jährigen Patienten geführt. Besonders interessant gestaltete sich der Vortrag dadurch, daß er den Hergang und den Erfolg der Operation im Film zeigen konnte. Dieser Film ist nach dem Rotheschen Verfahren für das Institut für medizinische Kinetographie der Charité aufgenommen. Die von Herrn des „Vorwärts“ bekannt ist, gestalten die Rotheschen Filme die Beobachtung aller, auch der feinsten Einzelheiten der Operation.

In dem von Professor Krause vorgeführten Fall handelte es sich um die sogenannte Jacksonsche Epilepsie, die den Besessenen in seiner Arbeitskraft und seiner Lebensfreude so beeinträchtigte, daß er sich zur operativen Behandlung entschloß. Diese Erkrankung der Großhirnrinde ruft Krampfanfälle hervor, die regelmäßig in einer Muskelgruppe anfangen und dadurch erkennen lassen, welches Hirnrindengebiet das primär erkrankte ist. Da bei dem Patienten die Krämpfe von dem rechten Arm und Bein ausgingen, mußte die linke Zentralregion des Gehirns befallen sein, die in der Schlafengegend in einer in Höhe der Augenbraue beginnenden und schräg bis zur

Scholtzmitte nach oben verlaufenden Linie liegt. Es wurde die linke Teil bedeckende Knochenplatte des Schädeldachs ausgemeißelt und heruntergeklappt. Nachdem dann die harte Hirnhaut durchgeschnitten war, lag das Gehirn frei. Nun wurden einzelne Gehirnteile elektrisch gereizt, wodurch sich Bewegungen in den entsprechenden Muskelgruppen entstellten. So war der Sitz der Erkrankung genau festzustellen, und es konnte die erkrankte Partie herausgeschnitten werden. Die Erfahrung hat gezeigt, daß sich Teile des Großhirns in einer Ausdehnung von 30 bis 24 Millimeter Dicke ohne bleibenden Schaden entfernen lassen. Kurze Zeit nach der Operation waren bei dem Patienten der rechte Arm, das rechte Bein und die rechte Gesichtshälfte gelähmt, nach vier Wochen aber waren alle Störungen beseitigt und er war von seinem quälenden Leiden völlig befreit. Offenbar übernehmen beim Fahren von Gehirnteilen andere ihre Funktion. Die nach vier Monaten aufgenommenen Filmbilder zeigten einen äußerst wohl aussehenden Mann. Da die Operation, deren Gefährlichkeit relativ gering ist, wie die meisten Gehirntumoren in früherer Betäubung ausgeführt worden waren, konnte der Patient seine Wahrnehmungen schriftlich niederschreiben. Am interessantesten waren seine Ausführungen über die elektrische Reizung des Gehirns, das bekanntlich selbst schmerzempfindlich ist. Er schrieb: „Schmerzen habe ich während der Operation nicht gehabt. Ich habe wohl empfunden, daß mit meinen Fingern etwas geschah. Sie bewegten sich ohne meinen Willen und ohne mein Zutun.“

Professor Krause erwähnte noch, daß er den Film kürzlich in Südamerika vorgeführt habe. Diesem habe er dort mit Bedauern einen Mangel an Empathie für Deutschland feststellen müssen. Über gerade durch die Rotheschen Filme sei bei den südamerikanischen Ärzten die Ueberzeugung gefestigt worden, daß Deutschland in der Wissenschaft immer noch führend sei.

Gesamtvorführungen der Woche. Montag, Deutsches Theater: „Brinzelin Brambilla“. — Dienstag, Deutsches Theater: „Die Fimlingsschmeyer“. Kammerspiele: „Das Krotobil“. Tribüne: „Die Gole“. — Mittwoch, Volkstheater: „Die verkaufte Braut“. — Sonnabend, Deutsches Theater: „Bäddra“.

Urania-Vorträge. Sonntag, Mit Sang und Klang mit dem Schwarm und Klavier. — Montag, Donnerstag, Eine Reise nach Südamerika mit dem Schnell dampfer Cap Polonia. — Dienstag, Vom Garbale nach Benedig. — Mittwoch, Sonnabend, Der Urwald von Ceylon und sein Leben.

Die Krotobil-Ausstellung bei Paul Cassirer, Viktoriastr. 35, wird am Sonntag, den 8., eröffnet. Bis Dauer sind 4 Wochen vorzulesen.

Neue Kunstausstellung. Die Ausstellung von Werken Erno Nabels kann sich am 30. eröffnen werden.

Einleitung zum philosophischen Denken. Eine Einführung in die Probleme der Philosophie durch Vortrag und Ausprache gibt Dr. Max Abel im Rahmen der Humboldt-Hochschule an fünf Donnerstagen abends 8-9 Uhr, Lohsestr. 84 d. Beginn 12. April.

Der deutsche Orientalistentag ist vom 2. bis 11. in Berlin. Am 9. abends 7 1/2 Uhr spricht Prof. Hans Gerdberg im Auditorium maximum der Universität über: „Das Grab des Königs Tutanchamun“. Karten für die durch Mitglieder der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft eingeführten Gäste sind Wilhelmstraße 69, Deutscher Reiseverlag, erhältlich.

Boelzig' Schulprogramm.

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtages gab am Donnerstag der Kultusminister Dr. Boelzig einen Ueberblick über den Gesamtstand und die besonderen Aufgaben seines Ministeriums. Die Steigerung des Haushalts um 17,1 Milliarden, d. h. um 70,4 Proz. gegenüber dem Vorjahre, kennzeichnet die erschütternde Auswirkung der Geldentwertung. Dabei hat sich das Verhältnis der dauernden Ausgaben des Kultusministeriums zu den dauernden Gesamtausgaben Preussens vom Jahre 1914, wo sie 12,59 Proz. betragen, bis zum Jahre 1923, wo sie 13,02 Proz. betragen, nur um ein geringes gehoben. Der Minister vertrat den Standpunkt, daß das Schicksal des deutschen Volkes zuletzt von seinen geistigen und sittlichen Kräften abhängt. Die wissenschaftlichen und Unterrichtsanstalten, die Pflege von Wissenschaft und Kunst dürften daher kaum eine Möglichkeit zur Sparsamkeit bieten. Hier müsse die Höhe unserer Kultur gehalten, ja gesteigert werden.

Der großangelegte Grundriß der Einheitschule dürfte nicht zu einer Schule der Bereinernteung, sondern müsse zu einer Schule der differenzierten Begabung werden. Für jedes Kind der richtige Schulgang, der seiner Begabung und seinen Anlagen entspricht, das sei der Kerngedanke der Einheitschule. Die Durchführung vertiefter Bildung sei allerdings nur möglich mit vorzüglich ausgebildeten Lehrkräften. Die nächste und dringendste Aufgabe, die das Ministerium und bald auch das Staatsministerium beschließen, sei deshalb die Reform der Lehrerbildung, die nicht nur die Lehrer an Volks- und Mittelschulen, sondern auch an höheren Schulen umfassen müsse. Der Minister gab dann ein Bild der Neugestaltung des gesamten preussischen Schulwesens, sprach von der Ausgestaltung der Grundschulen nach dem Grundschulgesetz vom 28. April 1920 und von den Richtlinien zur Aufstellung von Lehrplänen der vier oberen Jahrgänge der Volksschule vom 15. Oktober 1922. Bei der höheren Schule wies er auf die Einführung der Deutschen Aufbauschule hin, deren Lehrpläne in diesen Tagen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden würden. Vom 1. April ab seien in Preußen 70 Aufbauschulen vorhanden. Die Mädchenschulreform vom 20. März 1923 ordne sich dem Gedanken der höheren Schule folgerichtig ein. Der Minister bat dringend, daß man zunächst einmal die Grundschule sich auswirken lassen solle. Auch die Aufbauschule werde hart umkämpft und dem stärker hervortretenden Streben nach dem Reformtypus an den höheren Lehranstalten bringe man vielfach noch ein gewisses Mißtrauen entgegen. Auch dem Uebergang von begabten Schülern der technischen Schulen auf die Technischen Hochschulen begegne man in der Öffentlichkeit nicht ohne Mißtrauen und in der Frage der Lehrerbildung werde mit Argumenten gekämpft, die zweifellos vielfach nicht sachlicher Art seien. Wer gerade in diesen Fragen läge die entscheidenden Punkte der Reform. Der Minister betonte schließlich erneut seine Auffassung, daß die Erziehung zur Staatsgewinnung im Vordergrund der Unterweisung der Jugend stehen müsse. Dem Geschichtsunterricht und der staatsbürgerlichen Unterweisung müsse daher der Raum im Unterricht zugewiesen werden, der ihrer Bedeutung entspreche, und die Lehrerschaft müsse in der Gesamtauffassung ihres Berufs und ihrer Einstellung zur Jugend der starke Träger dieses Staatsgedankens sein.

Die Milchversorgung der Städte.

Verhandlungen im Reichsernährungsministerium.

Am kommenden Montag werden im Reichsernährungsministerium Besprechungen über eine Verschärfung der Milchverordnung stattfinden, die für die gesamte Milchwirtschaft in Deutschland von großer Bedeutung sein werden. Seitens des Ministeriums sind zu dieser Konferenz Vertreter des Deutschen Städtetages, der Landwirtschaft, der Milchverarbeitenden Industrien, des Handels und der Verbraucher geladen.

In der verflochtenen Woche hat bereits eine Vorkonferenz in Hamburg stattgefunden, in der man sich sehr eingehend mit der Frage beschäftigte, in welcher Weise man die Milchversorgung der Städte sicherstellen und gleichzeitig einen Einfluß auf die Preispolitik für Milch und Milchproduktion gewinnen könne. Bekanntlich ist die Milchversorgung der Städte heute in einer Weise gefährdet, daß der Reichsernährungsminister sich veranlaßt sah, in einer scharfen Verfügung gegen die wilden Butterhändler Front zu machen, die beim Erzeuger Phantasiepreise für Butter anlegten und so namentlich die Molkereien und Kleinbauern veranlaßten, immer weniger Frischmilch in die Städte zu liefern und dafür immer mehr Butter zu erzeugen, die dann nicht auf die Funktionen gelangte, sondern vom wilden Handel aufgekauft und in die Städte gebracht wurde. Da auch die Bestrebungen der landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen nichts gefruchtet haben, um dieser unheilvollen Entwicklung Halt zu gebieten, soll jetzt mit scharfen Mitteln gegen diejenigen Milchherzeuger vorgegangen werden, die sich ihrer Pflicht, Frischmilch zu liefern, entziehen.

Es wird in erster Linie ein Vorschlag erörtert werden, der dahin geht, die Butterproduktion erheblich zu besteuern. Dieses System soll in Bayern gute Erfolge gezeigt haben. Der Landwirt solle jedes Pfund erzeugter Butter versteuern und diese Abgabe wird dann einer Zentralfabrik überwiesen werden, die aus den zweifellos großen Mitteln, die so aufgebracht werden können, den Städten Zuschüsse zur Milchverbilligung gewährt. Man geht von der Erwägung aus, daß Butter in Deutschland schon seit langer Zeit kein Volksernährungsmittel mehr ist und daß die sanitärkritischen Kreise, die Butter kaufen können, auch in der Lage sind, die Steuer zu tragen. Weiterhin wird auch über die Lieferungsspflicht des Landwirtes verhandelt werden. Die Städte sollen das Recht erhalten, in solchen Fällen, in denen der Produzent pflichtlich die Lieferung an eine Stadt einstellt, ihn zur Weiterlieferung zu veranlassen.

Hilfe aus den Tropen.

Unser alter Parteigenosse Paul Baumgart in Neu-Britannien (Brasilien) hat auf die erste Runde vom Einbruch der Franzosen im Ruhrgebiet sofort eine Sammlung veranstaltet, weil er als Mitbegründer des Bergarbeiterverbandes und als Kampfer in dem großen Streik von 1889 sich verpflichtet fühlte, für seine Landsleute und Arbeitskameraden etwas zu tun. Das erste Ergebnis, ein Betrag von 80 910 M., ist heute beim „Vorwärts“ eingegangen. Wir haben den Betrag dem Wunsche des Genossen Baumgart entsprechend, dem Bergarbeiterverband für die leidenden Ruhrbergleute überwiesen.

Gleichzeitig teilt er uns noch mit, daß die Bergleute der Gruben von San Jeronimo in den Streik getreten sind, weil sie seit 8 Monaten keinen Lohn erhielten. Baumgart hat selbst in diesen Gruben zweimal gearbeitet, wurde aber beim zweiten Male entlassen, weil er die Arbeiter durchgesehen hatte. Der Brief, in welchem er dies mitteilt, trägt das Datum des 21. Februar 1923.

Parlamentsauflösung in Spanien. Der König hat ein Dekret unterzeichnet, wodurch die Auflösung des Parlamentes beschlossen wird und Wahlen für den 29. April festgesetzt werden. Das neue Parlament soll am 20. Mai zusammentreten.

Verhaftungen in der roten Armee. Keuter meldet aus Tiflis: Der Oberbefehlshaber in der roten Armee im Kaukasus, Gagarow, sein Stabschef Fugalschow und mehrere Offiziere sind verhaftet worden. Sie werden einer Verschwörung gegen die bolschewistischen Behörden beschuldigt.

Renten-Unsug.

Es erscheint an der Zeit, endlich einmal darauf hinzuweisen, daß die Auszahlung der Kriegsbeschädigtenrente und noch mehr ihre mühselige Berechnung bei den sogenannten Reichsbürgern nachgerade zu einem grob n Unsug geworden ist, bei dem die tatsächliche Leistung in gar keinem Verhältnis zu den allgemeinen Unkosten steht. Ein Beispiel mag das erläutern. Der das „Glück“ hatte, mit einem geschätzten Bein aus dem großen Stahlabzug zu entkommen, erhält von dem dankbaren Vaterland den Anspruch auf eine 30-prozentige Rente. Diese bezieht ausschließlich der Kriegszulage u. w. im Jahre 1918 immerhin 18,50 M. im Monat. Dafür konnte sich der Kriegsbeschädigte damals noch an jedem Tage ein Ei leisten. Dann kam die sogenannte „Anerkennung“ der Rente — Wort und Sache so kompliziert und so umständlich, wie sie nur der preußische Kommissar erfinden kann. Wer auch hier das „Glück“ hatte, vor dem Friedenssaug des einseitigen K.A.-Arztbeschlusses als tatsächlich gelähmt zu bestehen, dessen Rente wurde auf etwa 20 Proz. „un anerkannt“, weil ja eine „Besserung“ selbstverständlich eingetreten sein mußte. Diese 20 Proz. betragen im Jahre 1922 ganze 60 M. im Monat, heute rund 860 M., also sie entsprechen dem Betrag von zwei ganzen Eiern. Anweisung des Betrages und Zustellung durch die Post sind sicherlich wesentlich teurer als die gesamte Summe, die ausbezahlt wird. Dazu kommt, daß die Berechnung des Betrages außerordentlich knifflig ist und daß die Summe sich beispielsweise mit der Höhe des abzugsfähigen Einkommens ständig ändert. Ein ganzes Heer von Beamten ist erforderlich, um die auszuwahrenden und nachzu zahlenden Beträge laufend zu errechnen, und es hat fast den Anschein, als ob diese ganze Rechnungsmethode ausschließlich zu dem Zwecke erfunden worden ist, um möglichst viel Beamte in den Versorgungsämtern beschäftigen zu können. Wie wäre es sonst zu verantworten, daß etwa eine Stunde Arbeitskraft eines Beamten (Preis jedenfalls weit über 1000 M.) darauf verschwendet wird, um festzustellen, ob der Kriegsbeschädigte R. R. 740 oder 840 M. Monatsrente zu erhalten hat? Der Kriegsbeschädigte selber hat jedenfalls kein Interesse daran, denn diese ganze Rente ist für ihn vollkommen belanglos geworden, und sie bereitet ihm höchstens in jedem Monat eine Stunde bittere Ironie und stille But darüber, daß man ihm diese Bettelpennie als „Entschädigung“ oder gar als „Versorgungsanspruch“ anzubieten wagt. Es ist wirklich höchste Zeit, daß hier der Reichstag einmal mit eisernem Befehl dazwischenfährt und diese Rente, wie schon beabsichtigt, im Interesse der Sparbarkeit so oder so abkürzt oder aber sie der Geldentwertung wenigstens einigermaßen anpaßt, d. h. die ursprüngliche Rente etwa mit 1000 multipliziert. Augenblicklich ist diese Art der Rentenberechnung und Rentenauszahlung die kostspieligste Sache von der Welt, von der nur die damit beschäftigten Beamten, aber kein Kriegsbeschädigter einen Vorteil haben.

Tod des Bürgermeisters a. D. Reide.

Dr. Georg Reide, der frühere Bürgermeister von Berlin, ist in der Nacht von gestern zu heute gestorben. Er ist einer Lungenentzündung erlegen, die aus einer Grippe sich entwickelt hatte. Das Amt des Bürgermeisters hatte er von Anfang 1903 bis zum Jahre 1920, wo auf seine weitere Tätigkeit im Dienste der Stadt verzichtet wurde und er sich ins Privatleben zurückzog. Er hat hauptsächlich dem Parkwesen, dem Bibliotheks- und Archiwesen, den Kunstfragen und dem Märkischen Museum sein Interesse zugewendet und in diesen Verwaltungszweigen gearbeitet. Reide stand im 60. Lebensjahr. Er wurde in Königsberg i. Pr. als Sohn des dortigen Universitätsbibliothekars am 26. November 1863 geboren. In Königsberg und Leipzig studierte er Jura, dann war er fünf Jahre Hilfsarbeiter im Evangelischen Oberkirchenrat, vier Jahre Justizrat im Konsistorium der Provinz Brandenburg, zwei Jahre Regierungsrat im Reichsversicherungsamt. Vom Berliner Freisinn wurde er bei einer Reichstagswahl im zweiten Kreis als Kandidat aufgestellt. Seine Bedeutung als Schriftsteller wird an anderer Stelle des Blattes gemeldet.

Die hinterpommerschen Behörden haben an die Witwe und die hinterlassenen des Oberbürgermeisters Dr. Georg Reide nachstehendes Telegramm gerichtet: „Schmerzliche bewegt empfangen wir die erschütternde Nachricht von dem frühen Hinscheiden Ihres verehrten Herrn Gemahls. Nabzu zwei Jahrzehnte hat Bürgermeister Dr. Georg Reide unermüdet und mit außergewöhnlichem Wissen in guten und schweren Tagen für das Wohl und die Entwicklung der Stadt leitend und schöpferisch gewirkt. Allen seinen Mitarbeitern wird die hohe Güte seines Wesens unvergesslich bleiben. Die Stadt Berlin spricht Ihnen und den Ihrigen in dankbarem Gedenken tiefes Beileid aus.“

Der Oberförster aus dem Ruhrgebiet.

Schwindereien eines falschen Jägers.

Ein falscher Oberförster, der als falscher Ruhrjäger viele Schwindereien verübte, wurde gestern unschuldig gemacht. Ein Mann, der sich Oberförster Reich Oberherd nannte und angeblich 32 Jahre alt und aus Leipzig gebürtig zu sein, erschien in Försteruniform und mit vielen Orden und Ehrenzeichen geschmückt bei hiesigen Försterei- und Wohltätigkeitsstellen, die sich der Ruhrjägerlinge annehmen und erzählte, daß er im Ruhrgebiet angestellt gewesen sei. Wegen eines Zusammenstoßes mit einem französischen Offizier sei er vom Kriegsgericht in Mainz zu mehreren Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden, aus dem Transport aber seinen Beauftragten entsprungen und in das unbesetzte Gebiet entkommen. An anderen Stellen erzählt er auch, die Franzosen hätten von ihm die Bücher über die ihm unterstehenden Wälder verlangt und ihm dafür 40 Millionen geboten. Er habe dies aber abgelehnt und die Bücher beibehalten. Darauf sei er ausgewiesen worden. Der angebliche Oberförster suchte aber nicht nur die öffentlichen Stellen, sondern auch Privatpersonen heim. Bestern wurde er festgenommen und als ein früherer Ruchmeier entlarvt. Geschädigte, die noch keine Anzeige gemacht haben, werden ersucht, sich bei der Dienststelle B. II. 6. im Zimmer 176 des Polizeipräsidiums zu melden. Es sei aus diesem Anlaß darauf hingewiesen, daß der vor den Franzosen gestühlte oder von ihnen ausgewiesene Ruhrjägerling jetzt leider eine beliebige Wasse frecher Schwindler geworden ist. Vorsicht ist deshalb am Platze.

Kartoffelkrebs in der Provinz Brandenburg.

In einer Anzahl von Orten der Provinz Brandenburg ist der Kartoffelkrebs aufgetreten. Bei Wangen bei Spieck oder Pflanzartorf ist dabei, um eine Verleumdung der Krankheit nach Berlin zu unterbinden, die größte Vorsicht am Platze. Die Hauptstelle für Pflanzenschutz der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg befindet sich neuerdings ein Verzeichnis derjenigen Ortlichkeiten, in denen die Zeuche bereits auf einigen Grundstücken aufgetreten ist. Zu diesen Orten gehören a) Groß-Berlin: Domäne Dahlemer Aarow, Schöneberg, Steglitz, Weihenice, Zehlendorf; b) West-Brandenburg: Ruppertsberg, Wittenberge, Wittenberg, Regin; c) Ost-Brandenburg: Gut Auerberg, Kolonie Weidenberg, Ruppertsberg, Hoheneiche bei Weidenberg, Gut Auerberg, Ruppertsberg bei Brok-Pantow, Kyritz, Liebenwalde, Groß-Pantow, Pefelkow, Strepitz, Tschow, Tornow, Wittstock, Jelpow; d) Niederbarnim: Hohennauenhof, Rittergut Stolpe; e) Gemarkung, Ruppertsberg; f) Gemarkung, Groß-Pantow; g) Gemarkung, Ruppertsberg; h) Gemarkung, Groß-Pantow; i) Gemarkung, Ruppertsberg; j) Gemarkung, Groß-Pantow. — Zu weiteren Verhandlungen

können mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit einer dieser Strafen geahndet werden. Interessenten erhalten nähere Auskunft in der Beratungsstelle für Obste- und Gemüsebau, Rathaus, Reußstr. 151, Sprechzeit täglich von 1/2-1/4 Uhr, außerdem Dienstags und Freitags von 5-6 Uhr nachmittags.

Geldstrafen als Abschreckungsmittel.

Die Kriminalität nimmt ständig zu, und in den Gefängnissen herrscht infolge der immer steigenden Zahl der Strafgefangenen Jellennot. Man hat sich bisher damit, an Stelle kurzer Freiheitsstrafen Vermögens-, rasen einzuführen. Die Höhe der Geldstrafen hat aber nicht abgenommen, und die Zustüpfverwaltung sieht sich gezwungen, die Geldstrafen zu erhöhen. Ein dem Reichstage zugespandener Entwurf macht geeignete Vorschläge. Die Geldstrafe soll fortan betragen: bei Uebertretungen 200 bis 300 000 M., bei Verbrechen und Vergehen 1000 M. bis 10 Millionen Mark, bei Vergehen aus Gewinnsucht kann eine Geldstrafe von 100 Millionen Mark anerkannt werden, damit der Gewinn aus der strafbaren Handlung ersetzt werden kann. Freiheitsstrafen unter 3 Monaten können durch hohe Geldstrafen (bis 10 Millionen Mark) abgelöst werden, wenn der Strafzweck durch eine Geldstrafe erreicht werden kann. — Ueber den Entwurf wird man im Laufe geheimer Meinungen sein, denn der Begüterte kann Vergehen und kleinere Verbrechen in allen Fällen mit Geld ausgleichen, der Nichtbesitzende muß brummen, wenn ihm nicht bedingte Begnadigung oder Bewährungsfrist zu Hilfe kommt.

Eröffnung eines Erholungsheimes. Im Seebad Rübendorf ist seiden das unmittelbar am Kaiserhof gelegene Kurhaus als Erholungsheim von der gemeinnützigen Genossenschaft „Deutsche Volkserholungsheime“ eröffnet worden. Es ist beabsichtigt, den geistig arbeitenden Mittelstand bei der Aufnahme zu bevorzugen. Das schmucke, gut eingerichtete Haus wird sich wegen der verhältnismäßig geringen Hofkosten von Berlin und der reizvollen malde- und seenerreichen Umgebung sicherlich großer Beliebtheit erfreuen. Nähere Auskunft erteilt obengenannte Genossenschaft, Berlin C. 2, Poststraße 10/11.

Ein Konzert zum Besten der kranken Kinder im Ruhrgebiet gab gestern abend im Marmoraal des Zoo zum drittenmal der Sinfonie-Orchesterverein der Schuppallzei. Wenn man sich diesen gewaltigen Orchesterkörper — die Herren spielen in ihrer Uniform — betrachtet, wie jeder einzelne mit unbedingter Hingabe und großem Ernst bei der Sache ist, und wenn man daran denkt, daß alle diese Beamten Tag für Tag im Grunde genommen nur mit unangenehmen Dingen der menschlichen Gesellschaft zu tun haben, dann empfindet man aufrichtige Freude und ein Stück Bewunderung darüber, daß sie ihre Freizeit echter reiner Kunst widmen und damit auf ihre Art einer wahren deutschen Kultur dienen. Von Schwermetallen krochene Stücke, wie Goldene Seufzerte, Duertüre und Sifys Präludium werden in ihrer Wiedergabe auch dem Kenner Beifall entlocken. Ganz hervorragend sind in dieser Kapelle der Streichkörper und die Holzbläser, von ausgezeichneter Kapelle die Streichkörper und die Holzbläser. Clemens Schmalz ist aber auch ein Dirigent, der es versteht, bei diesem Orchester alles heraus- und alles zusammenzuholen. Die Kammeränger Berner Engel und Fröh Sool, Fräulein Frieda Belber von der Hamburger Oper und Hans Mülhofer hatten ihre Kunst für den edlen Zweck zur Verfügung gestellt. In zu Herzen gehenden Worten erinnerte Wohlfahrtsminister Hirtlifer an die Not unserer Brüder und Schwestern im Ruhrgebiet und besonders an die der Kinder, deren Not und Hilfe der Abend dienen sollte.

Konjunktionsgesellschafts-Generalsammlungsveranstaltung Die im „Vorwärts“ vom Donnerstag publizierte Fraktionsfassung findet nicht am Sonntag, den 8. April, sondern am Sonntag, den 15. April, im bekannten Lokale statt.

Bereinigungen der Freunde für Religion und Völkerverständnis. Sonntag, den 8. April, vorm. 10 Uhr, spricht Gen. Bieder in der Trinitatiskirche (Nähe Untergr. Bismarckstr.), Charlottenburg, zu dem Thema: „Der Glaube der Anglikaner“.

Ein „Reiterer Abend“ veranstaltet das Lichtberger Volksbildungsamt am Montag, 9. April, abends 8 Uhr, im Refektorium an der Poststraße. Mitwirkende sind: Cami Karel, die jugendliche, belandete bekannte Kammerleiterin, Hans Kalinke, Tenor und Alfred Reichart, Bass.

In der Treppen-Tierwelt finden folgende Veranstaltungen statt: Sonntag, 8. April, 4 Uhr: „Erdbeben und Erdbeben“ (Film); 6 Uhr: „Länder des Schmalz“ (Film); 8 Uhr: „Kamp mit dem Berg“ (Film). Dienstag, 10. April, 7 Uhr: „Einführung in die Astronomie“ (Vortrag mit Lichtbildern von Dr. Dr. Ardenholz). Mittwoch, 11. April, 8 Uhr: „Bilder aus dem Tierreich“ (Film). Donnerstag, 14. April, 4. 6 und 8 Uhr: „Unter Wäldern und wilden Tieren“, in den Umkleerkabinen (Film).

22 Erderstürzungen wurden noch in London eingetroffenen Telegrammen auf den Azoren-Inseln am Mittwoch und Donnerstag verpürt. In der Hauptsache ist davon die Insel San Miguel betroffen worden.

Was kostet eine Fahrt nach Südamerika? Die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft hat mit Gültigkeit ab 1. April die Ueberfahrtspreise nach südamerikanischen Häfen für 3. Klasse Wobndes auf 12 Pfund, für 3. Klasse Kammer mit Ausnahme der Kap Polonio auf 14 Pfund und für 3. Klasse Kammer der Kap Polonio auf 16 Pfund (etwa 1 1/2 Millionen Mark) erhöht. Nach spanischen und portugiesischen Häfen wurden entsprechende Erhöhungen vorgenommen.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und vielad heller, zeitweise wolfig, bei frischen östlichen Winden, außer in den Mittagsstunden kühl.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

(An den An die Ortsvereine der SPD im Regierungsbezirk Potsdam. Dem Vorstande zur gef. Kenntnis, daß die notwendigen Reiteren zum Parteitag bis zum 15. April bei dem Parteibüreau in Spandau, Potsdamer Str. 48, Teilzahl Spandau 1888, anzuordnen sind. Der Zeit und Lokal der Wahlveranstaltungen sind ebenfalls genau und rechtzeitig mitzuteilen.)

Devisenkurse.

	7. April		6. April	
	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs
1 holländischer Gulden	8244.88	8286.67	8254.81	8295.69
1 argentinische Papier-Peso	7718.98	7758.88	7710.67	7749.88
1 belgischer Franc	1201.98	1208.02	1192.01	1197.99
1 norwegische Krone	3788.—	3807.—	3790.60	3809.50
1 dänische Krone	3999.97	4020.08	4002.46	4022.54
1 schwedische Krone	5571.03	5598.97	5571.03	5598.97
1 russische Mark	566.58	569.42	566.58	569.42
1 japanischer Yen	9975.—	10025.—	9975.—	10025.—
1 italienische Lire	1048.87	1051.58	1047.87	1052.68
1 Pfund Sterling	97870.68	98370.20	97870.68	98370.82
1 Dollar	21027.30	21132.70	21022.31	21127.69
1 französischer Franc	1394.—	1407.—	1384.08	1399.97
1 brasilianischer Milreis	2184.82	2195.48	2184.82	2205.50
1 Schweizer Franc	8880.82	8907.68	8877.88	8904.74
1 spanische Pesta	8218.98	8288.07	8214.44	8283.56
100 österr. Kronen (abgefl.)	29.52	29.68	29.52	29.68
1 tschechische Krone	687.92	681.08	689.99	680.06
1 ungarische Krone	4.78	4.77	4.78	4.82
1 bulgarische Lewa	158.60	159.40	158.55	159.15
1 jugoslawischer Dinar	309.22	310.28	308.97	310.03

Gewerkschaftsbewegung

Der Faschismus und die Gewerkschaften.

Bekanntlich sind die Faschisten im Besitz eigener Arbeiterorganisationen, welche ihnen zur Eroberung der Staatsmacht verhelfen haben. Nachdem aber dieses Ziel erreicht ist, wird es immer schwerer, die Arbeiter weiterhin mit hoher Kadaverorganisation zusammenzuhalten, die Arbeiterorganisationen lediglich mit Terrorakten zu beschäftigen und sie im Dienste einer Bewegung zu halten, die vorgibt, gleichzeitig die Arbeiter und die Großbourgeoisie zu vertreten. So ist es nunmehr notwendig geworden, einerseits die faschistischen Arbeiterverbände mit den üblichen gewerkschaftlichen Funktionen auszulasten (Abschluss von Tarifverträgen usw.), andererseits sie der strengsten Kontrolle der faschistischen Partei zu unterwerfen, um jedes „Abrutschen“ der faschistischen Arbeiter zu verhindern. Einem Rundschreiben des Generalsekretärs des Bundes faschistischer Korporationen entnehmen wir folgende Richtlinien: 1. Die faschistischen Gewerkschaften werden auf beruflicher Grundlage gebildet und unter der Aufsicht von Orts- und Provinzialstellen gestellt; ihnen liegt die Vertretung der Berufsinteressen, die Durchführung der Tarifverträge usw. ob. 2. Die Gewerkschaftstugungen finden nur mit Genehmigung des Generalsekretärs des Bundes statt; auch die Wahlen der Provinzialsekretäre bedürfen einer Bestätigung durch den Generalsekretär; die Ortssekretäre werden einfach von oben ernannt und beauftragt (also strengste Diktatur!). 3. In allen wirtschaftlichen Fragen, die eine politische Bedeutung haben, müssen sich die faschistischen Gewerkschaften an die Weisungen der Partei halten und sich strengstens auf die rein wirtschaftliche Seite der Frage beschränken. Diese Richtlinien zeigen klar, was in Zukunft aus den faschistischen Gewerkschaften werden kann: entweder bleiben sie bloße Anhängsel und Söldner der politischen Reaktion, bloße „Schwarze Hemden“, dann können sie aber auf die Dauer die Massen nicht bei sich halten, oder sie werden zu wirklichen Gewerkschaften, — dazu müssen sie sich aber vorher von der Diktatur der faschistischen Parteiorganisation losmachen und sich der allgemeinen nichtfaschistischen Arbeiterbewegung nähern. Eine solche Annäherung (z. B. an die katholischen Arbeiterverbände), wollen aber die faschistischen Politiker unter allen Umständen verhindern. Die Hege gegen alle nicht faschistischen Verbände dauert fort. Nach dem Protest der freien Gewerkschaften gegen die Verlegung der Gewerkschaftsrechte zeichnen auch die katholischen Verbände einen ähnlichen Protest ein: durch die Genossenschaft der Faschisten seien die katholischen Verbände an der Ausübung ihrer Organisationsrechte und die einzelnen Arbeiter in der Arbeitsfähigkeit behindert. Auch die faschistische Regierung hat dabei ihre Hand im Spiel. Sie begünstigt den Terror. Sie verlangt von ihren Angestellten (den Eisenbahnern z. B.) Auflösung der freigewerkschaftlichen Verbände und Eintritt in die faschistischen Organisationen. Die Entlassung der Eisenbahner führt sie durch, doch in erster Linie die Gewerkschaftsführer und Sozialisten ihre Stellen verlieren.

Unwillkürlich ist man veranlaßt, einen Vergleich zu ziehen zwischen den bolschewistischen und den faschistischen Methoden. Sie weisen eine merkwürdige Übereinstimmung auf. Man kann im allgemeinen sagen, daß die russischen Bolschewisten die Lehren der italienischen Faschisten durch die „Aktionen“, der „Befehle der Fabriken“, der „Produktionskontrolle“, der „Bildung“ proletarischer Kampftruppen usw. den Faschisten den Weg bereitet. Es wäre mehr als fälschlich, aus diesen Vorgängen nichts lernen zu wollen. Die Reaktion, die sich daraus ergibt, trifft auch auf die deutsche Arbeiterbewegung zu.

Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium.

Wir erhalten folgende Erklärung:
In den Berliner Morgenzeitungen vom 7. April 1923 verbreitet die B.S.-Korrespondenz einen Bericht über die im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen begonnenen Verhandlungen über eine Neuregelung der Gehälter und Löhne in den Reichs- und Staatsbetrieben. Der Bericht ist völlig entstellend, und die Behauptung, „daß der U.D.B. eine etwas gemäßigtere Haltung eingenommen habe, während die anderen Organisationen auf dem Standpunkt beharrten, daß eine Lohnregelung entsprechend dem Steigen der Indexziffern vorgenommen werden müsse“, stellt die Tatsachen direkt auf den Kopf.

Der hauptsächlichste Vorführer der lärmlichen beteiligten Organisationen, Schöffel vom U.D.B. (DGB), hat im Einvernehmen der gesamten Vertreter aller Verbände, gestützt auf ein umfangreiches Tarifmaterial, mit Entschiedenheit eine Aufbesserung der Bezüge des Personals der öffentlichen Betriebe verlangt, die den Teuerungsziffern und den Löhnen der Privatbetriebe entspricht. Nur eine solche Regelung ist für die Gewerkschaften tragbar.

Gegen die falsche, tendenziöse und in der jetzigen Zeit besonders gefährliche Verherrlichung der B.S.-Korrespondenz erheben die Unterzeichneten schärfsten Protest. Sie sprechen ihr Bedauern aus, daß auch die Arbeiterpresse, ohne Rücksprache mit den Organisationen zu nehmen, die Falschmeldung veröffentlicht hat.

Die Verhandlungskommission der Verbände.
Der U.D.B.: Schöffel, Bender, Scharlau, Upielsch, Brehm, Valentini, Scherff.

Gewerkschaftsbeamte im Schlichtungsverfahren.

Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat neuerdings einen Erlaß über die Mitwirkung der Gewerkschaftsbeamten im Schlichtungsverfahren herausgegeben. Darin empfiehlt er eine Beteiligung von Gewerkschaftsvertretern aus Rechts- und Zweckmäßigkeitsgründen. U. a. heißt es in dem Erlaß:

„Es ist ein dringendes staatliches Interesse, in Tarifstreitigkeiten sowohl die Organisationsangehörigen der Organisationen, um deren Tarifvertrag es sich handelt, als auch vor allem deren Gewerkschaftsangehörige nicht vom Schlichtungsausschuss auszuschließen, und namentlich nicht etwa die unfähigen Beisitzer, die dem am Streit beteiligten Berufsstreit zu entnehmen sind, aus den Kreisen der unorganisierten Arbeitnehmer zu entnehmen. Diese Auffassung würde geradezu gewerkschaftsfeindlich wirken und die Gewerkschaftsangehörigen, deren Tätigkeit im Staatsinteresse in jeder Weise gefördert werden muß, zugunsten organisatorischer, unfähigster und den Wirtschaftsfrieden oft gefährdender Elemente zurücksetzen oder aber dazu führen, daß die unfähigen Beisitzer immer dem Personentreit außerhalb des Bezirks des Streitfalls zu entnehmen sind, also nicht die notwendige Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse des Streikfalls besitzen. Die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse ist, wie immer wieder betont werden muß, nicht mit der Tätigkeit des Richters zu vergleichen, sondern stellt nur die vom Staat geförderte Fortsetzung der Parteiverhandlungen dar, für die es nicht nur unschädlich, sondern geradezu förderlich ist, wenn Mitglieder der Interessentengruppen im Schlichtungsausschuss mitwirken; anders hätte auch die gesetzliche Vorschrift über die Zugehörigkeit der unfähigen Beisitzer keinen Sinn. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, bin ich bereits in meinem früheren Erlaß vom 3. Januar 1923 — III 12 590 — dazu gekommen, als einzige Ausnahme von der grundsätzlichen Ausschließung der Gewerkschaftsvertreter zum Schlichtungsausschuss den Fall anzuführen, daß es sich um den Verhandlungsführer der Gewerkschaft selbst (entsprechend um den Syndikus des Arbeitgeberverbandes) in dem konkreten Falle handelt. Ebenso würde ich es, was ich damals nicht hervorgehoben habe, allerdings für unzulässig halten, daß der Arbeitgeber, mit dem die Gewerkschaft einen Firmentarif abschließen möchte, selbst gleichzeitig als Beisitzer im Schlichtungsausschuss tätig ist.“

Kommunistische Irreführungen.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichen wir vor einigen Tagen eine Erklärung, in der wir die von der „Kommunistin“ in ihrer Nummer 4 aufgestellte Behauptung zurückweisen, der Deutsche Landarbeitersverband habe seine Zustimmung zu einer durchschnittlich 11-stündigen Arbeitszeit in der Landwirtschaft gegeben und sei damit einverstanden gewesen, daß die Frauen der Deputatarbeiter gezwungen auf den Wägen arbeiten müßten.

Dieser Erklärung wird durch eine Entgegnung der „Roten Rabe“ in Nr. 68 vom 22. März entgegengetreten und durch Einführung einiger Bestimmungen aus landwirtschaftlichen Tarifen der Ansicht zu erwidern versucht, als hätten die Landarbeitersverbände mit seiner Erklärung in Widerspruch. Nach den wiedergegebenen Bestimmungen sieht der Tarifvertrag für landwirtschaftliche Dienstboten in Oberbayern eine Reduktion für November bis Februar von zehn Stunden und für März bis Oktober eine solche von acht Stunden vor. Tenaufgabe wäre hier eine noch längere Arbeitszeit zu leisten. Zugleich müssen die Landarbeiter in Mecklenburg-Schwern für 1 1/2 Monate elf Stunden arbeiten. Die Verpflichtung zur Frauendarbeit für Frauen der Deputatarbeiter wäre gleichfalls in dem Mecklenburger Tarifvertrag vereinbart worden in der Form, daß die Frauen verpflichtet seien, sich vier Tage pro Woche zur Arbeitsleistung zu stellen.

Wie verhält es sich in Wirklichkeit mit den zitierten Bestimmungen des Vertrages?

Das Dienstbotenverhältnis läßt sich mit den anderen landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnissen nicht vergleichen. Können bei diesen die vorgezeichneten Arbeitsstunden hintereinander geleistet werden, ist bei dem Arbeitsverhältnis der Dienstboten mit Unterbrechungen zu rechnen. Bei ihnen kommt außer der Arbeitszeit noch eine Wartezeit in Frage, die sie allerdings an den Betrieb bindet. Bei diesem Verhältnis ist es schwer möglich, die genaue Länge der Arbeitszeit der Dienstboten anzugeben. Zu beachten ist aber, daß früher die Warte- und Arbeitszeit unbeschränkt war. Heute ist durch die Vereinbarung, daß die Reduktion eine vorgeschriebene Dauer haben muß, eine Begrenzung der Warte- und Arbeitszeit und damit eine wesentliche Verbesserung gegeben.

Bei der Arbeitszeit der mecklenburgischen Landarbeiter kommt es nicht darauf an, festzustellen, daß während der Erntezeit 11 Stunden gearbeitet werden muß, sondern wichtiger ist die Festlegung, ob hierbei von der Vereinbarung einer durchschnittlich 11-stündigen Arbeitszeit geteilt werden kann. Nach Lage der Sache muß diese Frage verneint werden, wie bereits in unserer ersten Erklärung betont wurde. Eine durchschnittliche Arbeitszeit von 11 Stunden ergibt unter Angabendeckung von 300 Arbeitstagen pro Jahr eine Jahresstundenzahl von 3300, eine Bestimmung, die an keiner Stelle, auch nicht in Mecklenburg anzutreffen ist. Die Arbeitsverpflichtung der Frauen der Deputatarbeiter ist nicht erst neu vereinbart worden, sondern man hat es hier mit

einem bereits bestehenden, traditionellen Verhältnis zu tun, das seine Begründung in der ganzen Eigenart des Arbeitsverhältnisses der Deputatarbeiter findet. Die Bestimmungen im Tarifvertrag bringen lediglich eine Regelung dieses Arbeitsverhältnisses zum Ausdruck. Auch hier ist eine erhebliche Verbesserung gegenüber früheren Verhältnissen zu verzeichnen, als nunmehr genau vorgeschrieben ist, wie weit die Verpflichtungen der Frauen zur Arbeitsleistung ausgedehnt werden können. Die Beweisführungen der „Roten Rabe“ sind also völlig abwegig.

Sozialgesetzgebung in Japan.

Die japanische Regierung beabsichtigt, dieses Jahr dem Parlament einen Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des zurzeit in Kraft stehenden Fabrikgesetzes (1916) zu unterbreiten. Es handelt sich darum, die soziale Gesetzgebung Japans in Übereinstimmung zu bringen mit den an der ersten Arbeiterkonferenz in Washington im Jahre 1919 angenommenen Konventionen.

Das gegenwärtige Gesetz gewährt Kindern einen Schutz bis zum 15. Lebensjahre. Das neue Projekt dehnt diese Grenze bis zum 16. Jahre aus.

Gegenwärtig beträgt die gesetzlich gestattete Arbeitszeit für Frauen und Kinder zwölf Stunden täglich. In den Seidenspinnereien kann die Arbeitszeit auf 13 Stunden erhöht werden. Nach dem neuen Projekt soll die Arbeitszeit in beiden Fällen um eine Stunde vergrößert werden.

Das gegenwärtige Gesetz verbietet die Nachtarbeit der Frauen und Kinder zwischen 10 Uhr abends und 4 Uhr morgens. Daneben besteht jedoch noch eine Bestimmung, der zufolge die Nachtarbeit der Schichtarbeiter beschäftigten Frauen und Kinder bis zum Jahre 1931 gestattet ist. In der Textilindustrie z. B. ist die Nachtarbeit der Frauen und Kinder Regel. Der Entwurf setzt das Verbot der Nachtarbeit für den Zeitraum von 10 Uhr abends bis 5 Uhr morgens fest, doch können die zuständigen Behörden eine Verschiebung in dem Sinne vornehmen, daß das Verbot von 11 Uhr nachts bis 6 Uhr morgens Anwendung findet. Die Nachtarbeit kann noch drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes gestattet werden.

Der Gewerkschaftsbund ist der Ansicht, daß die Bestimmungen des neuen Projekts ungenügend sind. Allein eine vollständige Revision des Fabrikgesetzes kann den Arbeitern im allgemeinen die Wohlfahrt einer wirksamen Gesetzgebung sichern.

Achtung, Arbeiter und Arbeiterinnen! Sonntag vormittag 9 Uhr findet im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24/25, die Delegiertenversammlung statt. Da diese Versammlung wichtige Entscheidungen zu treffen hat, ist es Pflicht aller Parteigenossen, bestimmt anwesend zu sein.

Theater der Woche.

Vom 8. bis 16. April.

Vollstunde: 8, 9, 11, und 13. **Bech** dem, der sagt, 16. **Mein Besozh.** 12, und 14. **Das Eintrüben.** 13, und 16. **Eine Reduktion.** Bert. **Die Gefährten.** — **Opernhaus:** 8. **Tristan.** 9. **Trubadour.** 10. **Caecilia.** russische. **Salami.** 11. **Lehensgute.** 12. **Salome.** 13. **Don Giovanni.** 14. **Biederne.** 15. **Wald. 16.** **Walden.** — **Opernhaus:** 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16. **Walden.** 17. **Walden.** 18. **Walden.** 19. **Walden.** 20. **Walden.** 21. **Walden.** 22. **Walden.** 23. **Walden.** 24. **Walden.** 25. **Walden.** 26. **Walden.** 27. **Walden.** 28. **Walden.** 29. **Walden.** 30. **Walden.** 31. **Walden.** 32. **Walden.** 33. **Walden.** 34. **Walden.** 35. **Walden.** 36. **Walden.** 37. **Walden.** 38. **Walden.** 39. **Walden.** 40. **Walden.** 41. **Walden.** 42. **Walden.** 43. **Walden.** 44. **Walden.** 45. **Walden.** 46. **Walden.** 47. **Walden.** 48. **Walden.** 49. **Walden.** 50. **Walden.** 51. **Walden.** 52. **Walden.** 53. **Walden.** 54. **Walden.** 55. **Walden.** 56. **Walden.** 57. **Walden.** 58. **Walden.** 59. **Walden.** 60. **Walden.** 61. **Walden.** 62. **Walden.** 63. **Walden.** 64. **Walden.** 65. **Walden.** 66. **Walden.** 67. **Walden.** 68. **Walden.** 69. **Walden.** 70. **Walden.** 71. **Walden.** 72. **Walden.** 73. **Walden.** 74. **Walden.** 75. **Walden.** 76. **Walden.** 77. **Walden.** 78. **Walden.** 79. **Walden.** 80. **Walden.** 81. **Walden.** 82. **Walden.** 83. **Walden.** 84. **Walden.** 85. **Walden.** 86. **Walden.** 87. **Walden.** 88. **Walden.** 89. **Walden.** 90. **Walden.** 91. **Walden.** 92. **Walden.** 93. **Walden.** 94. **Walden.** 95. **Walden.** 96. **Walden.** 97. **Walden.** 98. **Walden.** 99. **Walden.** 100. **Walden.** 101. **Walden.** 102. **Walden.** 103. **Walden.** 104. **Walden.** 105. **Walden.** 106. **Walden.** 107. **Walden.** 108. **Walden.** 109. **Walden.** 110. **Walden.** 111. **Walden.** 112. **Walden.** 113. **Walden.** 114. **Walden.** 115. **Walden.** 116. **Walden.** 117. **Walden.** 118. **Walden.** 119. **Walden.** 120. **Walden.** 121. **Walden.** 122. **Walden.** 123. **Walden.** 124. **Walden.** 125. **Walden.** 126. **Walden.** 127. **Walden.** 128. **Walden.** 129. **Walden.** 130. **Walden.** 131. **Walden.** 132. **Walden.** 133. **Walden.** 134. **Walden.** 135. **Walden.** 136. **Walden.** 137. **Walden.** 138. **Walden.** 139. **Walden.** 140. **Walden.** 141. **Walden.** 142. **Walden.** 143. **Walden.** 144. **Walden.** 145. **Walden.** 146. **Walden.** 147. **Walden.** 148. **Walden.** 149. **Walden.** 150. **Walden.** 151. **Walden.** 152. **Walden.** 153. **Walden.** 154. **Walden.** 155. **Walden.** 156. **Walden.** 157. **Walden.** 158. **Walden.** 159. **Walden.** 160. **Walden.** 161. **Walden.** 162. **Walden.** 163. **Walden.** 164. **Walden.** 165. **Walden.** 166. **Walden.** 167. **Walden.** 168. **Walden.** 169. **Walden.** 170. **Walden.** 171. **Walden.** 172. **Walden.** 173. **Walden.** 174. **Walden.** 175. **Walden.** 176. **Walden.** 177. **Walden.** 178. **Walden.** 179. **Walden.** 180. **Walden.** 181. **Walden.** 182. **Walden.** 183. **Walden.** 184. **Walden.** 185. **Walden.** 186. **Walden.** 187. **Walden.** 188. **Walden.** 189. **Walden.** 190. **Walden.** 191. **Walden.** 192. **Walden.** 193. **Walden.** 194. **Walden.** 195. **Walden.** 196. **Walden.** 197. **Walden.** 198. **Walden.** 199. **Walden.** 200. **Walden.** 201. **Walden.** 202. **Walden.** 203. **Walden.** 204. **Walden.** 205. **Walden.** 206. **Walden.** 207. **Walden.** 208. **Walden.** 209. **Walden.** 210. **Walden.** 211. **Walden.** 212. **Walden.** 213. **Walden.** 214. **Walden.** 215. **Walden.** 216. **Walden.** 217. **Walden.** 218. **Walden.** 219. **Walden.** 220. **Walden.** 221. **Walden.** 222. **Walden.** 223. **Walden.** 224. **Walden.** 225. **Walden.** 226. **Walden.** 227. **Walden.** 228. **Walden.** 229. **Walden.** 230. **Walden.** 231. **Walden.** 232. **Walden.** 233. **Walden.** 234. **Walden.** 235. **Walden.** 236. **Walden.** 237. **Walden.** 238. **Walden.** 239. **Walden.** 240. **Walden.** 241. **Walden.** 242. **Walden.** 243. **Walden.** 244. **Walden.** 245. **Walden.** 246. **Walden.** 247. **Walden.** 248. **Walden.** 249. **Walden.** 250. **Walden.** 251. **Walden.** 252. **Walden.** 253. **Walden.** 254. **Walden.** 255. **Walden.** 256. **Walden.** 257. **Walden.** 258. **Walden.** 259. **Walden.** 260. **Walden.** 261. **Walden.** 262. **Walden.** 263. **Walden.** 264. **Walden.** 265. **Walden.** 266. **Walden.** 267. **Walden.** 268. **Walden.** 269. **Walden.** 270. **Walden.** 271. **Walden.** 272. **Walden.** 273. **Walden.** 274. **Walden.** 275. **Walden.** 276. **Walden.** 277. **Walden.** 278. **Walden.** 279. **Walden.** 280. **Walden.** 281. **Walden.** 282. **Walden.** 283. **Walden.** 284. **Walden.** 285. **Walden.** 286. **Walden.** 287. **Walden.** 288. **Walden.** 289. **Walden.** 290. **Walden.** 291. **Walden.** 292. **Walden.** 293. **Walden.** 294. **Walden.** 295. **Walden.** 296. **Walden.** 297. **Walden.** 298. **Walden.** 299. **Walden.** 300. **Walden.** 301. **Walden.** 302. **Walden.** 303. **Walden.** 304. **Walden.** 305. **Walden.** 306. **Walden.** 307. **Walden.** 308. **Walden.** 309. **Walden.** 310. **Walden.** 311. **Walden.** 312. **Walden.** 313. **Walden.** 314. **Walden.** 315. **Walden.** 316. **Walden.** 317. **Walden.** 318. **Walden.** 319. **Walden.** 320. **Walden.** 321. **Walden.** 322. **Walden.** 323. **Walden.** 324. **Walden.** 325. **Walden.** 326. **Walden.** 327. **Walden.** 328. **Walden.** 329. **Walden.** 330. **Walden.** 331. **Walden.** 332. **Walden.** 333. **Walden.** 334. **Walden.** 335. **Walden.** 336. **Walden.** 337. **Walden.** 338. **Walden.** 339. **Walden.** 340. **Walden.** 341. **Walden.** 342. **Walden.** 343. **Walden.** 344. **Walden.** 345. **Walden.** 346. **Walden.** 347. **Walden.** 348. **Walden.** 349. **Walden.** 350. **Walden.** 351. **Walden.** 352. **Walden.** 353. **Walden.** 354. **Walden.** 355. **Walden.** 356. **Walden.** 357. **Walden.** 358. **Walden.** 359. **Walden.** 360. **Walden.** 361. **Walden.** 362. **Walden.** 363. **Walden.** 364. **Walden.** 365. **Walden.** 366. **Walden.** 367. **Walden.** 368. **Walden.** 369. **Walden.** 370. **Walden.** 371. **Walden.** 372. **Walden.** 373. **Walden.** 374. **Walden.** 375. **Walden.** 376. **Walden.** 377. **Walden.** 378. **Walden.** 379. **Walden.** 380. **Walden.** 381. **Walden.** 382. **Walden.** 383. **Walden.** 384. **Walden.** 385. **Walden.** 386. **Walden.** 387. **Walden.** 388. **Walden.** 389. **Walden.** 390. **Walden.** 391. **Walden.** 392. **Walden.** 393. **Walden.** 394. **Walden.** 395. **Walden.** 396. **Walden.** 397. **Walden.** 398. **Walden.** 399. **Walden.** 400. **Walden.** 401. **Walden.** 402. **Walden.** 403. **Walden.** 404. **Walden.** 405. **Walden.** 406. **Walden.** 407. **Walden.** 408. **Walden.** 409. **Walden.** 410. **Walden.** 411. **Walden.** 412. **Walden.** 413. **Walden.** 414. **Walden.** 415. **Walden.** 416. **Walden.** 417. **Walden.** 418. **Walden.** 419. **Walden.** 420. **Walden.** 421. **Walden.** 422. **Walden.** 423. **Walden.** 424. **Walden.** 425. **Walden.** 426. **Walden.** 427. **Walden.** 428. **Walden.** 429. **Walden.** 430. **Walden.** 431. **Walden.** 432. **Walden.** 433. **Walden.** 434. **Walden.** 435. **Walden.** 436. **Walden.** 437. **Walden.** 438. **Walden.** 439. **Walden.** 440. **Walden.** 441. **Walden.** 442. **Walden.** 443. **Walden.** 444. **Walden.** 445. **Walden.** 446. **Walden.** 447. **Walden.** 448. **Walden.** 449. **Walden.** 450. **Walden.** 451. **Walden.** 452. **Walden.** 453. **Walden.** 454. **Walden.** 455. **Walden.** 456. **Walden.** 457. **Walden.** 458. **Walden.** 459. **Walden.** 460. **Walden.** 461. **Walden.** 462. **Walden.** 463. **Walden.** 464. **Walden.** 465. **Walden.** 466. **Walden.** 467. **Walden.** 468. **Walden.** 469. **Walden.** 470. **Walden.** 471. **Walden.** 472. **Walden.** 473. **Walden.** 474. **Walden.** 475. **Walden.** 476. **Walden.** 477. **Walden.** 478. **Walden.** 479. **Walden.** 480. **Walden.** 481. **Walden.** 482. **Walden.** 483. **Walden.** 484. **Walden.** 485. **Walden.** 486. **Walden.** 487. **Walden.** 488. **Walden.** 489. **Walden.** 490. **Walden.** 491. **Walden.** 492. **Walden.** 493. **Walden.** 494. **Walden.** 495. **Walden.** 496. **Walden.** 497. **Walden.** 498. **Walden.** 499. **Walden.** 500. **Walden.** 501. **Walden.** 502. **Walden.** 503. **Walden.** 504. **Walden.** 505. **Walden.** 506. **Walden.** 507. **Walden.** 508. **Walden.** 509. **Walden.** 510. **Walden.** 511. **Walden.** 512. **Walden.** 513. **Walden.** 514. **Walden.** 515. **Walden.** 516. **Walden.** 517. **Walden.** 518. **Walden.** 519. **Walden.** 520. **Walden.** 521. **Walden.** 522. **Walden.** 523. **Walden.** 524. **Walden.** 525. **Walden.** 526. **Walden.** 527. **Walden.** 528. **Walden.** 529. **Walden.** 530. **Walden.** 531. **Walden.** 532. **Walden.** 533. **Walden.** 534. **Walden.** 535. **Walden.** 536. **Walden.** 537. **Walden.** 538. **Walden.** 539. **Walden.** 540. **Walden.** 541. **Walden.** 542. **Walden.** 543. **Walden.** 544. **Walden.** 545. **Walden.** 546. **Walden.** 547. **Walden.** 548. **Walden.** 549. **Walden.** 550. **Walden.** 551. **Walden.** 552. **Walden.** 553. **Walden.** 554. **Walden.** 555. **Walden.** 556. **Walden.** 557. **Walden.** 558. **Walden.** 559. **Walden.** 560. **Walden.** 561. **Walden.** 562. **Walden.** 563. **Walden.** 564. **Walden.** 565. **Walden.** 566. **Walden.** 567. **Walden.** 568. **Walden.** 569. **Walden.** 570. **Walden.** 571. **Walden.** 572. **Walden.** 573. **Walden.** 574. **Walden.** 575. **Walden.** 576. **Walden.** 577. **Walden.** 578. **Walden.** 579. **Walden.** 580. **Walden.** 581. **Walden.** 582. **Walden.** 583. **Walden.** 584. **Walden.** 585. **Walden.** 586. **Walden.** 587. **Walden.** 588. **Walden.** 589. **Walden.** 590. **Walden.** 591. **Walden.** 592. **Walden.** 593. **Walden.** 594. **Walden.** 595. **Walden.** 596. **Walden.** 597. **Walden.** 598. **Walden.** 599. **Walden.** 600. **Walden.** 601. **Walden.** 602. **Walden.** 603. **Walden.** 604. **Walden.** 605. **Walden.** 606. **Walden.** 607. **Walden.** 608. **Walden.** 609. **Walden.** 610. **Walden.** 611. **Walden.** 612. **Walden.** 613. **Walden.** 614. **Walden.** 615. **Walden.** 616. **Walden.** 617. **Walden.** 618. **Walden.** 619. **Walden.** 620. **Walden.** 621. **Walden.** 622. **Walden.** 623. **Walden.** 624. **Walden.** 625. **Walden.** 626. **Walden.** 627. **Walden.** 628. **Walden.** 629. **Walden.** 630.